

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Dr. Florian Toncar, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Stand der Umsetzung des BDS-Beschlusses des Deutschen Bundestages

Am 17. Mai 2019 hat der Deutsche Bundestag den Antrag „BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ (BT-Drs: 19/10191) mit großer Mehrheit beschlossen. In diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, die BDS-Kampagne zu verurteilen und Veranstaltungen der Bewegung oder verbundener Gruppen nicht zu unterstützen. Weiterhin sollen Organisationen finanziell nicht gefördert werden, sofern sie das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Auch soll es keine finanzielle Förderung von Projekten geben, „die zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung aktiv unterstützen“ (Bundestagsdrucksache 19/10191).

Die Fragesteller verurteilen jegliche Form von antisemitischen Äußerungen und Übergriffe in aller Verschiedenheit. Die Aktivitäten der BDS-Bewegung richten sich gegen jüdisches Leben, häufig wird Antisemitismus unter dem Deckmantel vermeintlicher Kritik an der Politik Israels verbreitet. Dafür darf es keine Toleranzspielräume geben. Der Beschluss des Deutschen Bundestages muss insofern von der Bundesregierung zeitnah und vollständig umgesetzt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung grundsätzlich den Fortschritt der Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestags bezüglich der Aktivitäten der BDS-Bewegung (Bundestagsdrucksache 19/10191)?
2. Welche Bundesministerien und deren nachgeordnete Behörden haben jeweils infolge des Beschlusses des Deutschen Bundestages über den Antrag auf Drucksache 19/10191 am 17.05.2019 Förderprogramme und sonstige

Fördermaßnahmen dahingehend überprüft, ob Organisationen gefördert wurden, die sich antisemitisch äußern und/oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen und/oder der BDS-Bewegung zuzurechnen sind? (bitte aufschlüsseln nach Ministerien, Förderprogramm und -umfang)

3. Was waren jeweils die Ergebnisse der Prüfung und in welchen konkreten Fällen wurde die Förderung zwischenzeitlich beendet?
4. Sollten einzelne Bundesministerien und deren nachgeordnete Behörden keine Überprüfung vorgenommen haben, wie begründet die Bundesregierung dies vor dem Hintergrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages über den Antrag auf Drucksache 19/10191 am 17.05.2019?
5. Wurden in der Vergangenheit Veranstaltungen durch die Bundesregierung oder ihre nachgeordneten Behörden unterstützt, die von der BDS-Bewegung und/oder Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen, organisiert und/oder ausgerichtet wurden?
 - a) Wenn ja, in welcher Form und mit welcher Begründung? (bitte aufschlüsseln nach Veranstaltungen)
 - b) Wurde infolge des Beschlusses des Deutschen Bundestages über den Antrag auf Drucksache 19/10191 am 17.05.2019 die zugesagte Unterstützung zurückgezogen? Wenn nein, mit welcher Begründung? (bitte aufschlüsseln nach Veranstaltungen)
6. Wurden in der Vergangenheit Projekte finanziell gefördert, die einen Boykott Israels und/oder weitere Ziele der BDS-Bewegung und/oder die BDS-Bewegung selbst unterstützen? (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Projekt)
 - a) Wenn ja, in welcher finanziellen Höhe und mit welcher Begründung? (Bitte aufschlüsseln nach Veranstaltung)
 - b) Wurde infolge des Beschlusses des Deutschen Bundestages über den Antrag auf Drucksache 19/10191 am 17.05.2019 die zugesagte finanzielle Förderung zurückgezogen? Wenn nein, mit welcher Begründung? (bitte aufschlüsseln nach Veranstaltung)
7. Haben die Bundesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden Maßnahmen eingeleitet, um sicherzustellen, dass keine Organisationen, die sich mit den Zielen und der Ideologie der BDS-Bewegung identifizieren, von Förderprogrammen, finanzieller oder organisatorischer Unterstützung von Veranstaltungen oder sonstiger staatlicher Unterstützung profitieren?

Berlin, den 4. März 2020

Christian Lindner und Fraktion